

Verordnung
über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Gelegenheitsverkehr
mit Taxen in der Stadt Braunschweig
(Taxentarifordnung)
vom 11. September 2001

Aufgrund des § 51 Abs. 1 des Personenbeförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 1990 (BGBl. I S. 1690), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Januar 2001 (BGBl. I S. 122) in Verbindung mit § 2 Nr. 4 Buchstabe c der Allgemeinen Zuständigkeitsverordnung für die Gemeinden und Landkreise zur Ausführung von Bundesrecht vom 13. Oktober 1998 (Nds. GVBl. S. 661), zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. November 2000 (Nds. GVBl. S. 275) und § 40 Abs. 1 Ziffer 4 der Nds. Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 22. August 1996 (Nds. GVBl. S. 382), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05. Juni 2001 (Nds. GVBl. S. 348) hat der Rat der Stadt Braunschweig am 11. September 2001 folgende Verordnung beschlossen:

§ 1
Geltungsbereich

- (1) Die durch diese Verordnung festgesetzten Beförderungsentgelte und festgelegten Beförderungsbedingungen gelten für die Beförderung von Personen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen innerhalb der Stadt Braunschweig. In diesem Gebiet besteht nach Maßgabe des § 22 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) Beförderungspflicht.
- (2) Bei Fahrten, deren Ziel außerhalb des Geltungsbereichs der festgesetzten Beförderungsentgelte liegt, ist die Vereinbarung über die Höhe des Beförderungsentgeltes oder dessen Berechnungsgrundlagen für die gesamte Fahrtstrecke vor Fahrtbeginn zu treffen. Der Fahrgast ist darauf vor Antritt der Fahrt hinzuweisen.
- (3) Wird bei Ausführung von Fahrten ein nicht mehr zum Stadtgebiet gehörender Gebietsstreifen durchquert, um auf direktem Wege das vom Fahrgast angegebene und innerhalb des Stadtgebietes liegende Fahrtziel zu erreichen, so sind die durch diese Verordnung festgesetzten Entgelte auch für die Fahrtstrecke anzuwenden, die durch den nicht mehr zum Stadtgebiet gehörenden Gebietsstreifen führt.

§ 2
Beförderungsentgelte

- (1) Die in den §§ 3, 5, 6 und 7 genannten Beträge in Deutscher Mark gelten bis einschließlich 31. Dezember 2001 und ab 1. Januar 2002 die in Euro genannten Beträge.
- (2) Die Fahrpreisanzeiger sind innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten dieser Verordnung auf die neuen DM-Tarife umzustellen.
- (3) Die Umstellung des Fahrpreisanzeigers auf Euro hat bis zum 31. Januar 2002 zu erfolgen. Solange die Umstellung nicht erfolgt ist, ist der auf dem Fahrpreisanzeiger ausgewiesene Betrag auf Wunsch des Fahrgastes in Euro umzurechnen und auf volle 0,10 Euro auf- oder abzurunden.
- (4) Das Beförderungsentgelt setzt sich zusammen aus:
 - a) einem Entgelt für die Bereitstellung (Grundentgelt),
 - b) einem Entgelt für die Fahrtleistung,
 - c) ggf. Zuschlägen,
 - d) ggf. einem Entgelt für Wartezeiten.

§ 3
Grundentgelt

Das Grundentgelt beträgt DM 4,90/€ 2,50.

Im Grundentgelt für die Bereitstellung der Taxe ist die etwaige Anfahrt zur Einsteigestelle des Fahrgastes enthalten.

§ 4
Beförderungsziel

Beförderungsziel ist der Ort, an welchem der Fahrgast, bei mehreren gleichzeitig beförderten Fahrgästen der letzte Fahrgast, aussteigt und die Taxe entlässt.

§ 5
Errechnung des Entgelts

(1) Das Entgelt errechnet sich für alle Fahrten bis zu vier Fahrgästen (Erwachsene oder Kinder in Begleitung von Erwachsenen) von der Einsteigestelle bis zum Beförderungsziel wie folgt:

1. Grundentgelt (§ 3 d. VO)	DM 4,90 / € 2,50
2. zuzüglich für jede Teilstrecke von 76,92 gefahrenen Metern bis zu 4000 Meter (Fahrleistung)	DM 0,20 / € 0,10
3. zuzüglich bis 31. Dez. 2001 für jede Teilstrecke von 93,02 gefahrenen Metern ab 4000 Meter (Fahrleistung)	DM 0,20
ab 01. Jan. 2002 für jede Teilstrecke von 90,91 gefahrenen Metern ab 4000 Meter (Fahrleistung)	€ 0,10

(2) Bei der Beförderung von Kindern ohne Begleitung Erwachsener ist das gleiche Entgelt wie bei der Beförderung von Erwachsenen zu berechnen.

(3) Wird die bestellte Taxe nach dem Eintreffen an der Einsteigestelle für eine Fahrt aus Gründen, die der Auftraggeber zu vertreten hat, nicht in Anspruch genommen, so ist ein Entgelt von DM 4,90 / € 2,50 zu entrichten. Daneben ist die Vergütung nach § 7 d. VO (Wartegeld) zu entrichten.

(4) Anfahrten (§ 3 d. VO) sowie auch unbesetzte Rückfahrten dürfen in keinem Fall berechnet werden. Der Fahrpreisanzeiger darf erst nach Besteigen der Taxe durch den Fahrgast von der Einsteigestelle ab eingeschaltet werden, ausgenommen bei Wartezeiten (§ 7 d. VO).

(5) Frauen- und Senioren-Nachttaxen (FSNT) und andere Sondervereinbarungen gemäß § 51 Abs. 1 Ziffer 6 und Abs. 2 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) sind nur mit einer Genehmigung zulässig. Vor Erteilung der Genehmigung sind die Industrie- und Handelskammer und der Gesamtverband Verkehrsgewerbe anzuhören.

§ 6
Zuschläge

(1) Bei der Beförderung von mehr als vier Fahrgästen in einer Taxe wird für jeden weiteren erwachsenen Fahrgast bzw. für je zwei weitere Kinder über 10 Jahre bis zur Zahl der zulässigen Sitzplätze der Taxe ein Zuschlag von DM 1,00 / € 0,50 erhoben.

(2) Die Zuschläge sind auf dem Fahrpreisanzeiger gesondert anzuzeigen.

§ 7

Entgelt für Wartezeiten

- (1) Die Wartezeit entfällt für jeweils 90 Sekunden pro Halt der Taxe. Wartezeiten nach 90 Sekunden sind mit DM 0,20 / € 0,10 je abgelaufene 20 Sekunden zu vergüten (1 Stunde Wartezeit DM 36,00 / € 18,00).
- (2) Bei Bestellfahrten ist der Fahrpreisanzeiger grundsätzlich erst einzuschalten, wenn seit dem Zeitpunkt der Unterrichtung des Auftraggebers vom Eintreffen der Taxe an der Einsteigestelle 5 Minuten vergangen sind. Ist eine Unterrichtung des Auftraggebers nicht möglich, beginnt der Zeitpunkt des Einschaltens des Fahrpreisanzeigers 5 Minuten nach Eintreffen der Taxe an der Einsteigestelle.
- (3) Das Entgelt für Wartezeiten wird vom Fahrpreisanzeiger nicht gesondert angezeigt. Er ist in dem vom Fahrpreisanzeiger aufgeführten Entgelt enthalten.

§ 8

Fahrpreisanzeiger

- (1) Die Errechnung des Entgelts hat unter Verwendung eines geeichten Fahrpreisanzeigers (Taxameteruhr) zu erfolgen (§ 28 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr – BOKraft).
- (2) Ist der Fahrpreisanzeiger gestört, ist er unverzüglich wieder instand zu setzen und neu eichen zu lassen. Diese Verpflichtung obliegt sowohl der Taxenunternehmerin/dem Taxenunternehmer als auch der Taxenfahrerin/dem Taxenfahrer.
- (3) Beim Versagen des Fahrpreisanzeigers ist neben dem Grundentgelt, den evtl. Zuschlägen und dem evtl. Entgelt für Wartezeiten, das tarifmäßige Entgelt nach der durchfahrenen Strecke anhand des Kilometerzählers zu berechnen (§ 5 d. VO).

§ 9

Verunreinigung oder Beschädigung der Taxe

Der Fahrgast ist verpflichtet, der Taxenunternehmerin/dem Taxenunternehmer im Falle der Verunreinigung oder Beschädigung der Taxe durch ihn oder die von ihm mitgeführten Sachen in vollem Umfange Schadenersatz zu leisten.

Die Taxenunternehmerin/Der Taxenunternehmer oder deren/dessen Fahrerin/ Fahrer kann die Zahlung der ihr/ihm voraussichtlich entstehenden Kosten für Reinigung bzw. Reparatur der Taxe sofort vom Fahrgast verlangen, soweit dieser die nötigen Zahlungsmittel mit sich führt. Dabei darf die Taxenunternehmerin/der Taxenunternehmer ihre/seine persönlichen Aufwendungen (Fahrkosten, Verdienstausfall und dgl.) mit berücksichtigen.

Über den gezahlten Betrag hat die Taxenunternehmerin/der Taxenunternehmer oder deren/dessen Fahrerin/Fahrer dem Fahrgast eine Quittung zu erteilen. Nach einer angemessenen Zeit hat die Taxenunternehmerin/der Taxenunternehmer gegenüber dem Fahrgast den Nachweis der tatsächlich entstandenen Kosten zu erbringen. Der Unterschied zwischen dem gezahlten Betrag und den tatsächlichen Kosten ist sodann vom Fahrgast nachzuzahlen bzw. von der Taxenunternehmerin/von dem Taxenunternehmer zu erstatten.

§ 10

Entrichtung des Beförderungsentgelts

- (1) Das Beförderungsentgelt (§ 2 d. VO) ist grundsätzlich im Anschluß an die Beendigung der Fahrt zu entrichten. In begründeten Fällen kann das Entgelt in der voraussichtlichen Höhe im Voraus verlangt werden.
- (2) Wenn ein Fahrgast nicht über passende Zahlungsmittel verfügt und die Fahrerin/der Fahrer der Taxe Geldscheine unverhältnismäßig hohen Wertes nicht wechseln kann, ist die Fahrerin/der Fahrer berechtigt, dem Fahrgast anstelle des Wechselgeldes zunächst eine Gutschrift auszustellen. Diese Gutschrift muß neben der Angabe des Namens und der Anschrift der Taxenunternehmerin/des Taxenunternehmers und der Genehmigungs-(Ordnungs-)nummer der Taxe das Datum und die deutlich lesbare Unterschrift der Fahrerin/des Fahrers enthalten. Sache des Fahrgastes ist es, das Wechselgeld gegen Einlösen der Gutschrift bei dem Taxenunternehmen abzuholen.
- (3) Dem Fahrgast ist auf Verlangen eine Quittung über das entrichtete Entgelt unter Angabe der gefahrenen Strecke auszustellen.

§ 11

Sonstige Bestimmungen

- (1) Die durch diese Verordnung festgesetzten Entgelte sind Festpreise. Sie dürfen nicht über- oder unterschritten werden.
- (2) Gepäck, ausgenommen kleines Handgepäck, ist im Kofferraum des Fahrzeuges unterzubringen. Soweit es die Betriebssicherheit zulässt, kann der Fahrer gestatten, dass das Gepäck auch anders untergebracht wird. Gegenstände, die über die Fahrzeugumgrenzung hinausragen, sind von der Beförderung ausgeschlossen.
- (3) Blindenhunde, die blinde Personen begleiten, sind stets zu befördern.
- (4) Ein Abdruck dieser Verordnung ist in der Taxe mitzuführen. Dem Fahrgast ist auf dessen Verlangen Einsicht zu gewähren.

§ 12

Ordnungswidrigkeiten

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden gemäß § 61 Absatz 1 Nr. 3c und 4 des PBefG als Ordnungswidrigkeit nach Maßgabe des § 61 Absatz 2 PBefG mit einer Geldbuße geahndet, soweit sie nicht nach anderen Vorschriften mit Strafe bedroht sind.

§ 13

In-Kraft-Treten

- (1) Diese Verordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt für die Stadt Braunschweig in Kraft.

- (2) Gleichzeitig tritt die Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Gelegenheitsverkehr mit Kraftdroschken (Taxen) vom 24. September 1991 (Amtsblatt für den Regierungsbezirk Braunschweig Nr. 21 vom 15. Oktober 1991), zuletzt geändert durch die Fünfte Änderungsverordnung vom 4. Juli 2000 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 10 vom 17. Juli 2000) außer Kraft.

Braunschweig, den 11. September 2001

Stadt Braunschweig

Steffens
Oberbürgermeister

Dr. Kuhlmann
Erster Stadtrat